Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 36 (2009)

Heft: 3

Artikel: Gemeindefusionen: immer mehr Gemeinden schliessen sich

zusammen

Autor: Lenzin, René

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-910364

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SCHWEIZER REVUE August 2009 / Nr.

Immer mehr Gemeinden schliessen sich zusammen

Anfang 2009 zählte die Schweiz über 250 Gemeinden weniger als noch zehn Jahre zuvor. Die Abwanderung aus Randund Berggebieten sowie immer komplexere Aufgaben fördern Zusammenschlüsse von Gemeinden. Allerdings beharren viele Dörfer trotz Problemen auf ihrer Selbstständigkeit. Und: Nicht immer erfolgen Fusionen freiwillig. Von René Lenzin

Bauen ist die kleinste Gemeinde im Kanton Uri. Anfang Jahr durchlief das 200-Seelen-Dorf eine politische Krise. Drei ihrer Einwohner wurden gegen ihren Willen in den Gemeinderat gewählt. Um das Amt nicht antreten zu müssen – im Kanton gilt der Amtszwang – zogen sie weg, sodass die Exekutive nur noch aus zwei Mitgliedern bestand und nicht mehr handlungsfähig war. Kurz bevor der Kanton zur Zwangsverwaltung schritt, fanden sich schliesslich doch noch drei Freiwillige, die sich in den Gemeinderat wählen liessen, unter ihnen ein früherer Gemeindepräsident.

So dramatisch wie in Bauen geht es längst nicht in allen kleineren Ortschaften der Schweiz zu und her. Trotzdem sind die Probleme des Zentralschweizer Dorfes symptomatisch für viele Kleinstgemeinden. Sie finden kaum noch Einwohner, die sich für Ämter wie die Schulpflege, die Sozialbehörde oder eben den Gemeinderat zur Verfügung stellen. Häufig verweilen die gleichen Personen über viele Jahre oder gar Jahrzehnte in diesen Ämtern, und bei Wahlen präsentieren sich oft genau so viele Kandidierende, wie es Ämter zu verteilen gibt. Das entspricht kaum mehr dem Idealbild einer lebendigen Demokratie, die auf den Wettbewerb der Ideen und Personen angewiesen

Kommt dazu: Die Aufgaben der Gemeinden wie die Bildung, das Sozialwesen, die Wasser- und Stromversorgung oder die Abfallentsorgung werden immer komplexer und lassen sich nur noch im Verbund mit andern Gemeinden umsetzen. Doch auch die interkommunale Zusammenarbeit stösst rasch an ihre Grenzen, nicht zuletzt finanzieller Natur. Da gut qualifizierte Personen in die Zentren abwandern, wo sie leichter Arbeit finden, fehlen den kleinen Gemeinden in den Rand- und Berggebieten die Steuereinnahmen und damit die Möglichkeit zu investieren.

So viele Fusionen wie noch nie

Immer mehr Gemeinden versuchen, diese Probleme mit Zusammenschlüssen zu lösen. Gleich 79 haben sich zwischen Anfang 2008 und Anfang 2009 in grösseren Verbänden aufgelöst, so viele wie nie zuvor in einem Jahr. Zu Beginn dieses Jahres zählte die Schweiz 254 Gemeinden weniger als im Jahr 2000, gar 465 weniger als 1950. In den 100 Jahren zuvor, und damit seit Gründung des Bundesstaats, waren nur gerade 104 Gemeinden verschwunden.

Gross sind die kantonalen Unterschiede. Am meisten Gemeinden seit dem Jahr 2000 verlor Freiburg (74), danach folgen Tessin (64), Graubünden (22), Wallis (20) sowie Jura und Luzern (je 19). Im Thurgau hatte das grosse Fusionieren bereits vorher stattgefunden: Zwischen 1990 und 2000 fiel die Zahl der dortigen Gemeinden von 179 auf 80. Andere Reduktionen erklären sich durch Gebietsabtretungen. So hatte Bern fast 100 Ge-

meinden weniger, als der Kanton Jura entstanden war und das Laufental zu Basel-Landschaft gewechselt hatte. Es gibt aber auch Kantone, die heute noch gleich viele Gemeinden zählen wie 1848, etwa Appenzell Ausserrhoden, Obwalden, Schwyz, Uri und Zug.

15 der 26 Kantone haben bisher Massnahmen ergriffen, um Gemeindefusionen
zu fördern. In der Regel handelt es sich um
Beiträge für die Planung und Durchführung von Zusammenschlüssen. Weiter
übernehmen gewisse Kantone die Schulden von fusionswilligen Ortschaften, oder
sie sprechen allgemeine Finanzhilfen
für die neu entstandenen Gemeinden.
Zu den aktivsten Kantonen gehörte in
den vergangenen Jahren das Tessin (siehe
Seite 22).

Glarner sind radikaler als ihre Regierung

Noch kaum Fusionen hat es bisher in Glarus gegeben. Doch nun hat die dortige Landsgemeinde die wohl bisher radikalste Gemeindereform der Schweiz beschlossen. Am 7. Mai 2006 folgte die Versammlung der Stimmberechtigten knapp dem Antrag eines Bürgers, die Zahl der Gemeinden von 25 auf 3 zu reduzieren. Dieser Entscheid ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert: Erstens hatten Regierung und Kantonsparlament «nur» eine Reduktion auf 10 Gemeinden vorgeschlagen. Zweitens erscheint der Schritt insofern noch radikaler, als in Glarus nebst den



Die Stimmberechtigten des Kantons Glarus haben an einer ausserordentlichen Landsgemeinde im November 2007 klar abgelehnt, die im Vorjahr beschlossene Fusion von 25 Gemeinden auf neu 3 Gemeinden rückgängig zu machen.

Einfach so aus der Luft gegriffen ist die Zahl Drei nicht. Bereits heute ist der 38 000-Seelen-Kanton faktisch in die drei Regionen Unterland, Mittelland und Hinterland aufgeteilt. Aus diesen wirtschaftlich unterschiedlich starken Regionen werden die drei neuen Gemeinden entstehen. «Das ist ein absolut historischer Entscheid - für Glarus und für die ganze Schweiz», sagte die freisinnige Regierungsrätin Marianne Dürst nach der Landsgemeinde. Das Dreiermodell entspreche den Planungsregionen des Kantons und sei ein Langfristziel der Regierung gewesen. Doch diese habe einen politisch machbaren Weg geplant und nie zu denken gewagt, dass «die Glarner Bevölkerung gleich den grossen Schritt zu nur noch drei Gemeinden macht».

Bereits 2011 soll die Glarner Gemeindereform umgesetzt sein, hat die Landsgemeinde beschlossen. Und diesen Entscheid im Übrigen im November 2007 bekräftigt. Nachdem über 2000 Stimmberechtigte gefordert hatten, der Fusionsentscheid vom Vorjahr sei rückgängig zu machen, kam es zu einer ausserordentlichen Landsgemeinde. Und dabei sprach sich eine deutliche Mehrheit erneut für das Dreiermodell aus. Vergeblich hatten die Gegner argumentiert, es verstosse gegen das verfassungsmässig garantierte Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden.

Fusionsprojekte auch in der Westschweiz

Längst hat das «Fusionsfieber» alle Regionen der Schweiz erreicht, auch den westlichen Landesteil. In Freiburg, Wallis und Jura haben sich in den vergangenen Jahren schon zahlreiche Gemeinden zusammengeschlossen. Im Waadtland, nach Bern der Kanton mit den zweitmeisten Gemeinden, sind sieben Fusionsprojekte am Laufen und zehn weitere geplant. Involviert sind ein Viertel der heute 375 Gemeinden.

In Neuenburg ist die Zahl der Gemeinden auf den 1. Januar dieses Jahres von 62 auf 53 gesunken. Neun Dörfer im Val-de-Travers haben sich zu einer Ortschaft mit 11 000 Einwohnern vereint. Und es gibt Stimmen, die noch viel weiter gehen möchten. In einem Interview in der Zeitung «LeTemps» skizzierte Raphaël Compte, Präsident des Neuenburger Gemeindeverbandes, kürzlich einen Kanton mit nur noch acht Ortschaften. Allerdings fügte er sogleich an, das sei alles noch Theorie. Zuerst müsse man die Bevölkerung vom Sinn der Fusionen überzeugen. Er weiss, wovon er spricht, ist doch eben erst die geplante Fusion zweier Neuenburger Gemeinden am Nein der lokalen Bevölkerung gescheitert.

Dabei handelt es sich keineswegs um einen Einzelfall. Auch in anderen Kantonen lehnt eine Mehrheit der Stimmberechtigten immer wieder Zusammenschlussprojekte ab. Die Autonomie, die Tradition und die Überschaubarkeit des gewachsenen Gemeindewesens sind diesen Fusionsgegnern wichtiger als mögliche Vorteile von Grossgemeinden. Häufig spielt das Misstrauen gegenüber einem grösseren Nachbarort eine Rolle, und auch deutliche Unterschiede bei den Steuerfüssen können in den steuergünstigeren Gemeinden zu ablehnenden Reaktionen führen.

Luzern will Grossstadt werden

Die meisten der bisherigen Zusammenschlüsse betrafen Klein- und Kleinstgemeinden in Rand- und Berggebieten. In letzter Zeit haben die Fusionsgelüste aber auch in mittelgrossen Städten zugenommen. Stark gewachsen ist etwa die Tessiner Finanzund Wirtschaftsmetropole Lugano (siehe Seite 22). Aber auch Luzern schickt sich an, die Ortschaften rund herum einzugemeinden. Im nächsten Jahr verschmilzt Luzern mit Littau, wodurch die Einwohnerzahl von gut 58 000 auf 75 000 steigen wird.

Für Stadtpräsident Urs Studer ist das aber noch nicht genug. Ihm schwebt vor, mit weiteren Vororten zu fusionieren. Bereits haben die Parlamente von Emmen und Horw eingewilligt, ein solches Projekt zu prüfen. Kämen auch noch Ebikon, Kriens und Adligenswil dazu, würde Luzern die Bundesstadt Bern überflügeln. Für Studer geht es dabei nicht um Prestige oder Grösse. Fusionen seien eine Frage des Überlebens, sagte er kürzlich dem «Tages-Anzeiger»: «Luzern quillt aus allen Nähten. Wir haben kaum mehr Bauland, um wachsen zu können.» Nur wenn die Stadt grösser werde, könne die Wirtschaft mehr Dynamik entwickeln.

Das sind ehrgeizige Pläne, für die Studer auch Zugeständnisse machen will: Das reiche Horw ködert er mit dem Versprechen, dass in der neuen Gemeinde automatisch der Steuerfuss der bisher günstigsten Ortschaft gelten soll. Und dem armen Emmen bietet er an, die Schulden zu übernehmen. Ob diese Taktik aufgeht, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

GEMEINDEFUSIONEN

Verschiedene Gemeinden in der Schweiz haben fusioniert und Ihr Heimatort hat sich deshalb vielleicht automatisch geändert. Eine einfache Internetsuche (zum Beispiel auf www.wikipedia.org) mit Eingabe des Gemeindenamens liefert Ihnen meistens zusätzliche Informationen sowie den Namen der «neuen» Gemeinde.



Luzern will mit seinen Nachbargemeinden fusionieren, die Zentrumslasten besser verteilen und zur Grossstadt werden. Nach dem Ja der Littauer Stimmbürger fusioniert die Gemeinde 2010 mit der Stadt Luzern. Andere Gemeinden werden wohl folgen.